

# Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementpreis beträgt monatlich 15 Mark, vierteljährlich 45 Mark; durch die Post bezogen monatlich 25 Mark, vierteljährlich 75 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schub: Druck: H. Haasenau & Co.: Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sämtlich Bochum, Wiesenhauer Str. 38—42. Telefon: 088, 81 u. 98. Preis: 1 Mark. Mitverband Bochum.

## Krieg dem Kriege!

An die Gewerkschaftsmitglieder!

In Ausführung der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom im April d. J. hat der Internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) die Errichtung eines internationalen

Kampfunds gegen Militarismus und Reaktion eingeleitet. Jedes Mitglied soll durch einen einmaligen Beitrag zu diesem internationalen Fonds seinen entschlossenen Willen bekunden, aktiv teilzunehmen an dem notwendigen Abwehrkampf gegen die Reaktion und zur Verhinderung neuer Kriege.

In allen Ländern werden diese Beiträge gegenwärtig von den Gewerkschaften erhoben gegen Quittungsmarken, die der Internationale Gewerkschaftsbund herausgegeben hat.

Für Deutschland kommen Marken zu 2 Mk. für männliche, sowie zu 3 Mark für weibliche und jugendliche Mitglieder in Betracht. Diese Marken werden demnächst von allen Zentralverbänden in den Ortsgruppen und Bahnhöfen vertrieben.

Wir rufen die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften hiermit auf, ihren Beitrag zu diesem Fonds so zeitig zu leisten, daß der Gesamtbetrag von allen Verbänden bis zum 31. Dezember d. J. abgeliefert werden kann. Die in Deutschland ausgegebenen Marken tragen den Aufdruck:

Krieg dem Kriege

Internationaler Gewerkschaftsbund Amsterdam.

Jedes Mitglied soll mindestens eine Marke kaufen. Angesichts des jetzt so tief gesunkenen Wertes der deutschen Mark sollte

jedoch jeder, der dazu in der Lage ist, mehrere Marken lösen. Auch an Nichtmitglieder können diese Marken abgegeben werden. Wir wissen, daß die gesamte Arbeitnehmerenschaft Deutschlands einig ist in der Bekämpfung der Reaktion und des Militarismus. Dieser Abwehrkampf steht zurzeit in allen Ländern. Ihm international zu unterstützen, soll der Zweck des internationalen Fonds sein. Der finanzielle Kraft des internationalen Kapitalismus soll der Internationale Kampf Fonds der Gewerkschaften gegen Militarismus und Reaktion entgegengestellt werden.

Die Belebung ausreichender Geldmittel für diesen Fonds liegt im Interesse auch der deutschen Arbeitnehmerchaft, wie die Ereignisse im Lande täglich aufs neue zeigen. Deshalb erwarten wir, daß kein Gewerkschaftler in Deutschland sich weigern wird, den geforderten einmaligen Beitrag zu leisten.

Berlin, den 21. November 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Th. Lepart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

G. Auhäuser. W. Stärk. Bruno Güh.

Unsere Bahnhöfe gelangen im Laufe der Woche in den Besitz der Marken des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Wir erwarten, daß alle Mitglieder diesen Sonderbeitrag von nur 5 Mk. leisten werden. Der Betrag ist so gering, daß man sich darüber heutzutage nichts mehr kaufen kann, er wird also von jedem zu tragen sein. Unterstützt alle die Aktion gegen Militarismus und Reaktion!

## Die Botschaft hör' ich wohl . . .

Generaldirektor Cuno von der „Sapag“ deutscher Reichsbangler! Ein Kabinett ohne Sozialdemokraten, im Reichswirtschaftsministerium Beder (Hessen), der einer der am spätesten gegen die Besitzbesteuerung Wütenden war, neben ihm als Staatssekretär nicht Hirsch, sondern ein Mann von der Couleur Beckers. Im Ernährungsministerium der Vertrauensmann der Agrarier, Dr. Müller, in Einstellung zu den Auftreten der Thysus eines engstirnigen, frechen Agrariervertreters. Cuno ist ein fluger Geschäftsmann, der sich mit der republikanischen Staatsform aus Vernunftgründen abfindet. Ein Mann seines Schlages wäre noch zu ertragen, aber wer glaubt, daß Beder (Hessen) und Dr. Müller eine Wirtschafts- und Ernährungspolitik treiben, mit der die breite Masse des schaffenden Volkes einverstanden sein kann? In seiner Programmrede hat Herr Cuno selbstverständlich sehr nett geredet: was auf die Außenpolitik, die Reparationen, die Marktstabilisierung Bezug hatte, kann auch der Arbeiter passieren lassen. Die neue Regierung will nach dem Programm in der Note vom 13. November arbeiten. Wir sagten hier schon, daß diese Note hinsichtlich der in ihr latenten Wirtschaftsmaßnahmen Konfliktstoff genug enthält, je nachdem, wie man sie auffaßt und durchführt.

Cuno sprach in seiner Rede von unproduktiver Arbeit, die wir in Staats-, Volks- und Privatwirtschaft hätten. Er will also dagegen vorgehen, wobei er in gleichem Atemzug sagt, daß die Möglichkeit staatlicher Einwirkung auf die Preise sehr eng sei. Cuno wird also zunächst den Abbau der Zahl von Reichs- und Staatsangehörigen und Beamten in die Wege leiten wollen. Das ist in einer Zeit, in der sich schon die Anzeichen steigender Arbeitslosigkeit bemerkbar machen, ein lehrhaftes Beispiel, wenn man nicht die Vorbedingungen schafft, um die arbeitslos Werdenden in produktiver Arbeit unterzubringen! Diese Vorbedingungen zu schaffen ist wichtiger als Hunderttausende Arbeitslose zu unterstützen.

Wollte man aber nur „unproduktive Arbeit“ bei der Eisenbahn, der Post und bei sonstigen Amtsstellen zu belasten, so wäre das Ganze Sisyphusarbeit. Nicht die ein- oder zweihunderttausend Männer fressen Deutschland auf, die vielleicht bei vernünftiger Durchorganisation der Staatsbetriebe und -behörden zu entbehren wären, sondern die Millionen Parasiten, die unzählige Wege vom Handel, Spekulation und Bucher leben, die da sagen: Ein fingerlanger Handel ist besser als eine arm lange Arbeit! Geht euch doch um in den Schlemmerlokalen, in den Zentren des Handels, in den D-Büros und hört, wie dort die Millionen umgekehrt und Gunderhausen befindet eine in einem Tage „bedient“ werden!

Aber wer glaubt denn, daß Reichswirtschaftsminister Beder diesen Volksausgängern ans Leber gehen werde? Wir glauben es nicht eher, bis wir es sehen!

Wir brauchen Kohlen. Die Bergleute, die trotz Lohnherabsetzung heute soviel pro Schicht verdienen, daß sie davon 1½ Pfund Margarine kaufen können, sollen sie schaffen, auch durch Überarbeit. Sie haben diese Überarbeit geleistet, verschiedentlich, ohne Kritik der Volksagenten, im Gegenteil: sie wurden von der Unternehmerpresse und vom letzten agrarischen Winkelblättchen als Faulenzer beschimpft! Wir wollen hier ganz klar und deutlich sagen: Wir glauben nicht an die Stellung unserer Wirtschaft durch Mehrarbeit, solange nicht eine Umstellung unserer Wirtschaft nach der gemeinwirtschaftlichen Seite erfolgt. Mit unseren alten Schächten ist nicht die Menge von Kohlen zu schaffen, die wir brauchen! Wir brauchen neue Schächte! Die privaten Bergbauunternehmer sind so freudlich, sie zu bauen, wenn das Reich ihnen die dafür nötigen Gelder schenkt! Auch wir sind der Meinung, daß Reich kann das Geld für diese neuen Bauten aufbringen, es hat aber keine Verantwortung, es den Bergbauern zu schenken! Der preußische Staat verfügt über 800 Millionen Quadratmeter Bergwerksfläche mit vorzüglicher Kohle, auf der Dusende von Schächten

wirtschaft, die nur kurzfristig an ihr Interesse statt an das Wohl denkt!

Herr Cuno darf versichert sein, daß die Bergarbeiterchaft aufmerksam seine Regierungskunst verfolgt, insbesondere aber die der Herren Beder und Müller. Und wo es gegen die Hungerexistenz der armen Leute geht, werden sie mitreden und wenn nötig mittaten, ohne Rücksicht auf das Gebräu von Nebenregierung!

## Antwort auf den offenen Brief der Union.

Bochum, den 27. November 1922.

An die Reichsleitung der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Essen.

Sehr geehrte! Sie haben am 27. Oktober d. J. einen offenen Brief an uns gerichtet, in dem Sie unseren Verband zum gemeinsamen Kampf mit Ihrer Organisation gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Bergarbeiter aufzufordern.

Wir erkennen an, daß der Ton dieses Briefes sich vorzüglich unterscheidet von den Aussätzungen, die wir sonst von Ihrer Seite zu hören gewohnt sind. Es darf aber wohl mit Recht angenommen werden, daß dieser Ton auf ein agitatorische Rücksicht zurückzuführen ist, denn die Haltung Ihrer Organisation vor wie nach diesem Brief zeigt nichts von der Duldsamkeit und Nachsichtnahme, die Voraussetzung sein müssen für dauerhafte gemeinsame Arbeit. Die rein agitatorische Einstellung des Briefs wird auch dadurch bewiesen, daß er der Presse früher übergeben wurde, als er in unseren Verfaßsam.

Ein kurzer Rückblick möge die Schwierigkeiten aufzeigen, die einer dauernden gemeinsamen Arbeit der beiden Organisationen entgegenstehen:

In der „Union“ vom 12. April 1921 wird gesagt, die „Bergarbeiter-Zeitung“ verbreite „nur links, damit die von rechts um so sicherer zu ihrem Ziel der Führung der Massen eintrifft, kommen“. In der selben Nummer heißt es an anderer Stelle: „Der alte Verband ist eine Streitbrecherorganisation, Arbeiter, macht euch nicht schulein indem ihr Vertrüter unterstüttet, keinen Pfennig den Seelenverkauf aus.“

In der „Freien Arbeiter-Union“ vom 27. Juli 1921 heißt es: „Läßt euch von diesen Jammerseelen, die ihr vor eurem Gelde bezahlt, nicht einschüren, ihr wißt, daß es Vertrüter sind.“ In der selben Nummer heißt es in dem Artikel zum Reichskongress der Union: „Sie führen um ihre Autokripen, sie haben sich ihren Rückslingen, den Kapitalisten, auf Tod und Leben verschrieben.“ Am 26. April 1921 vollzog die gesamte Geschäftsführung Ihrer Organisation den Austritt aus der DAPD, weil sie, wie es in dem Schreiben hieß, nicht in der Lage war, „in der Gewerkschaftsfrage den Standpunkt der kommunistischen Partei zu teilen“. Sie wollte der Entwicklung eine andere Richtung geben mit der Parole: „Heraus aus den Verarbeiterorganisationen“, weil nach ihrer Meinung die kommunistische Taktik der Selbstbindung in den freien Gewerkschaften verläuft habe. Sie wollte nicht länger warten, sondern heute schon die in „Gähnung befindliche Arbeiterschaft von dem Arbeitsgemeinschaftslärm und von dem Bergarbeiterverbände loslösen“. Sie wollte „sofort zur Lösung der Kosten von diesen Führern schreien“.

Richtig darauf ging Ihre Vertretung nach Moßau. Die Folge war der Austritt Ihrer Organisation nach dort, Bergkämpf auf die bisherige Taktik und Anstrengung wie Förderung der Hohenbauteile in den freien gewerkschaftlichen Verbänden.

Im Sommer 1921 hat Ihre Organisation die Unterwerfung unter die Moßauer Rente begonnen und sie 1922 vollendet. In Ihren Sitzungen vom Sommer 1921 proklamierte Sie in § 3 „Durchführung eines tatsächlich kleinen Kampfes gegen die Amsterdamer gelbe Gewerkschaftsinternationale“.

Die Unterwerfung der Union unter die rote Gewerkschaftsinternationale, deren Ziel die Vernichtung unserer freien Gewerkschaften ist, erscheint nach dem diesjährigen Reichskongress der Union vollständig. Die Taktik der kommunistischen Internationale, ihr Appell an die Gewalt, hat zu den für die Arbeiterschaft gefährlichen traditionären Rücksätzen in Bayern, in Ungarn und in Italien geführt und hat auch die deutsche Arbeiterschaft zu verstörenden Maßen in großem Elend gebracht. (Unfälle im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland.) Die rote Gewerkschaftsinternationale haftet der Taktik der kommunistischen Internationale vollständig angelösst. Im § 45 Ihrer Richtlinien für die Taktik der roten Gewerkschaften heißt es:

„Die Grundlage der Gewerkschaftsinternationale bildet die direkte Revolutionärer Massen und ihrer Organisationen gegen das Kapital... Unter „direkte Aktion“ sind alle Arbeiten der unmittelbaren Durchsetzung auf die Unternehmer und den Staat seitens der Arbeiterschaft zu verstehen und zwar: Boykott, Streik, Sitzeinheiten, Demonstrationen, Besiegererfolg der Unternehmen, gewaltsame Befreiung gegen die Ausfuhr von Artikeln aus den Unternehmen und anderen revolutionären Aktionen, die geeignet sind, die Arbeiterschaft zur Niederschlagung des Kapitalismus zu führen.“

Die Geschichte unseres Verbandes zeigt, daß auch er alle Mittel des proletarischen Klassenkampfes anwendet, um die Erfassung der Arbeiterschaft zu sichern und auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft voranzuschreiten. Der Appell an die Gewalt, wie er in der Forderung der Bergbergereitung der Unternehmen, Besiegererfolg der Unternehmen, gewaltsame Befreiung gegen die Ausfuhr von Artikeln aus den Unternehmen und anderen revolutionären Aktionen, die geeignet sind, die Arbeiterschaft zur Niederschlagung des Kapitalismus zu führen.“

Die Geschichte unseres Verbandes zeigt, daß auch er alle Mittel des proletarischen Klassenkampfes anwendet, um die Erfassung der Arbeiterschaft zu sichern und auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft voranzuschreiten. Der Appell an die Gewalt, wie er in der Forderung der Bergbergereitung der Unternehmen, Besiegererfolg der Unternehmen, gewaltsame Befreiung gegen die Ausfuhr von Artikeln aus den Unternehmen und anderen revolutionären Aktionen, die geeignet sind, die Arbeiterschaft zur Niederschlagung des Kapitalismus zu führen.“

Genug abgesehen von dieser Einstellung Ihrer Organisation spricht auch die Art der Polemik gegen unseren Verband bis in die neuzeitliche Zeit nicht dafür, daß es Ihnen um eine ehrliche Arbeiterschaft mit unserem Verband zu tun ist. In derselben Nummer Ihres Blattes, in der Sie den offenen Brief an und veröffnet haben, wenn Sie unter Einsicht für die zeitliche Differenzung der Bergbergereitung ein Verbot einsetzen. Das könnte man noch hinnehmen als den scharfen Ausdruck einer Überzeugung, es berechtigt Sie jedoch nicht, weiter zu sagen, daß die Bergarbeiter „sich dem Kapital verschrieben haben“. In der „Freien Bergarbeiter“ vom 29. September 1922 heißt es: „Wir vertrüten die Bergarbeiter, daß sie mit dem Arbeiterschaftskomitee nur die sogenannten wilden Arbeiterschaften besiegen wollen.“ Die Bergarbeiter und Minenarbeiter, die nach den Beschlüssen unserer Organisation handeln, beginnen Sie in derselben Nummer „als arme, verbündete, kriegsfreudige Arbeiterschaft Amsterdamer Führerclique“, die von den führenden gebräuchlich werden, „um sich selbst und ihre Klasse zu verteidigen“.

Bei der Arbeitsgemeinschaft, die Ihre Organisation mit der kommunistischen Partei verbindet, dürfen wir auch diese ohne Namensnennung im „Ruh-Echo“ vom 4. November 1922 erschienenen Aufruf ausdrücken, wenn er auch keine Unterschrift trägt. Das heißt es: „Den Bergarbeiter und Ibach und Hüttenbauern gefügt es noch nicht, daß Sie an den folgenden ungenügenden Entschuldigung und unter der fürchterlichen Last der beständigen Kronarbeit im kleinen Sudeten keinen zusammenbrechen, Sie wollen durch ein ehrlich erkanntes Brummenklemmen welchen Schaden, weitere Prostrie für die kapitalistischen Raubritter aufzuheben.“

Die folgende Voraussetzung sind durch das praktische Verhalten unseres Organisations als Lüge und Verleumdung erwiesen. Sie wiederholen Sie aber in jeder Nummer Ihres Blattes und in jeder Versammlung.

Man kann also einzig von einer internationalen, verleumderischen, agitatorischen Methode Ihrer Organisation und Ihrer Führer gegen unseren Verband und seine Taktik reden. Trotz aller dieser Vorgänge und Bedenken sind wir bereit, mit Ihnen in eine Aussprache einzutreten, wenn Sie uns die Gewähr geben, daß

1. die seitherige schändliche Bekämpfung und Beschimpfung unseres Verbandes u. d. der Amsterdamer Internationale und ihrer Führer aufhört;
2. Sie sich bereit erklären, in eine Arbeitsgemeinschaft mit den vier Bergarbeiterverbänden einzutreten, um eine wirkliche Einheitsfront der Bergarbeiter herzustellen;
3. Ihre Organisation sich den Einstufen und Diktaten der kommunistischen Partei und der kommunistischen und roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau unterstellt;
4. Ihre Organisation sich verpflichtet, die Beiträge den in den großen Bergarbeitergewerkschaften üblichen anzunehmen;
5. Ihre Organisation die bestehenden Tarife anerkennt und sich bereit erklärt, für deren Erhaltung und weiteren Ausbau im Sinne der Bergarbeiterforderungen einzutreten.

In Ihrem offenen Brief fordern Sie uns auf, aus der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum auszutreten, „selbst“ wenn dadurch die Arbeitsgemeinschaft mit dem christlichen Bergarbeiterverbund gelöst würde, denn dafür würden wir die Arbeitsgemeinschaft mit Ihrer Organisation abwenden. Wir müssen Ihnen sagen, daß wir so die „Einheitsfront“, wie sie von Ihrer Seite immer vorenthalten wird, nicht herstellen können, denn wenn wir die Arbeitsgemeinschaft mit den vier Bergarbeiterverbänden eher auch nur mit dem christlichen Gewerkschaftsverband und tatsächlich nur mit Ihrer Organisation eine Arbeitsgemeinschaft bilden, dann würde dadurch die Einheitsfront im Bergbau wieder zerstört und wir können uns nicht denken, daß die Bergarbeiter dadurch besser gestellt wären als bisher. Unser Verstand ging bisher davon, dem Unternehmertum die schädlichen Organisationen der Bergarbeiter in gemeinsamer Front entgegenzustellen und können wir unsere Hand nicht dazu richten, ist eine andere Tat auf Ihrer Seite hin einzutreten. Nur wenn Sie bereit sind, auf die von uns gestellten fünf Fragen hinzu und vor Antwort zu geben und wenn Sie die Gewähr dafür haben, daß im Sinne der ersten Antwort auch gehandelt wird, sind wir bereit, darin zu wirken, daß die Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände in der von uns gesuchten Richtung verstärkt wird.

Wir glauben, darin nicht nur unserem Verbande, sondern der gesamten Bergarbeiterchaft den besten Dienst zu erweisen.

Mit Glück auf!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.  
J. A. Dr. Waldhöfer.

## Die Krankenlöhne im Saargebiet.

Da die Saargruben französische Direktion unterstehen, botte es diese verhältnismäßig leicht, die Entlohnung in Prozenten für den Saarbergbau durchzusetzen. Die Organisationen hat sich dagegen gewehrt, so lange sie konnte. Einmal, weil deutsche Arbeitersorganisationen auch im Saargebiet nicht dazu da sind, die politischen Gefahren der Franzosen zu übergehen, dann aber auch, weil die Krankenlöhne im Laufe der Zeit zu wirtschaftlichen Katastrophen führen muß. Der Erfolg der Konferenz der freien Gewerkschaften des Saarlandes, von allen Unternehmen die Entlohnung in Frankreich zu fordern, entsprang einer Zwangslage, es erscheint aber nothwendig, die Gedankengänge darzulegen, von denen unsere Kollegen im Saargebiet sich leiten ließen. Wir geben diese Gedankengänge wieder nach dem Bericht, das Kourie *Leimkugel* auf der Konferenz über diese Frage hielt.

Seit 1920 gibt es im Saargebiet Krankenlöhne. Seit Frühjahr 1920 ist der Markt auch zum Teil Währung. Post und Eisenbahn reagieren zwar noch mit dem Franken, zwei Drittel der Arbeitnehmer geht wieder in Franken entlohnt, ein Drittel in Mark. Natürlich ziehen es sich die Markempfänger leichter als die Frankenempfänger und mit der steigenden Entwicklung der Mark macht sich dies Abhängigkeitszettel immer stärker fühlbar, auch der Frankenempfänger leidet mehr und mehr unter den Verhältnissen. Es kann nur mehr Geld umgetauscht, aber wenn es sich den Salären befreit und bewirkt, daß auch die Preise in die Höhe gehen, dann sieht er, daß er auch nicht mehr dort wie vorher. Auch für den Frankenempfänger hat diese Doppelwährung ihre großen Schäden entfaltet, denn jede Erhöhung bringt nur schwerbar Gewinn. Der Effekt ist immer der Kaufwert des Geldes, und der Kaufwert steigt nicht, weil durch das Fallen der Mark die Preise in die Höhe gehen. Diese ganze Sache zeigt, daß die Situation für die Frankenempfänger eine große Spannung ist. Für die Markempfänger ist die Sache natürlich außerordentlich kritischer. Die Markempfänger sind gezwungen, von einer Lohnbewegung in die andere hinzuziehen. Und trotz aller dieser vielen ununterbrochenen, sich aufeinanderfolgenden Lohnbewegungen der Marklohn- und Gehalts-

empfänger vermögen sie es nicht, den Aufschluß an die Warenpreisgestaltung zustellen zu bringen. Ganz vereinfacht beispielweise der Unterschied bei beiden marktlangen Arbeitnehmerkategorien gegenüber dem Frankenthalergebiete 200-300 Prozent. Nur die halbdeutsche Markenempfängergruppe hat eine geringe Macht gegenüber den Frankenempfängern.

Diese Entwicklung hat die Bewegung, die sich gegen die Frankenentlohnung rückte, als ergebnis. Man kann im Saargebiet mehr und mehr dazu, die Entlohnung nicht als politische, sondern als wirtschaftliche Frage zu sehen. Weit und mehr Bewußtsein der Arbeitnehmer in Mark gelohnt wurde, verlangten die Frankenlöhne. Untersuchungen von Gewerkschaftsbeteiligten mit der Regierungskommission ergaben die Feststellung, daß die Regierungskommission die Währungsverhältnisse einheitlich regeln könnte, wenn sie sich dazu das Mandat vom Volksbundstatut geben würde. Das ist sie aber bislang noch nicht getan. Sonst beschränkt sich auf die Erstellung, so sollte den Unternehmen, die noch in Mark lohnen, die Entlohnung in Frankenthalen.

Die Unternehmen im Saargebiet, die noch in Mark lohnen, tun sich was an ihr Deutschtum zugute, machen den Arbeitern Vorworte, wenn sie für Frankenlöhne eintreten und tun alles, um den Kampf gegen die Frankenlöhne zu schämen und zu zerstören. Letztendes geschieht das alles, weil sich diese Männer nicht bei dem Währungsbündnis gut fühlen, weil sie dabei ebenso ihr Geschäft machen, wie die Arche in Deutschland, die sich auf den Dollar einzeln. Wie hinterhältig die Politik dieser Kreise ist zeigt die folgende Stelle aus dem Bericht des Kollegen Klemkugel:

„Frank- und Markempfänger kaufen sich heute vor den Banken und vor den Wechselschulen, um ihre Gelde eingezwecken, um Geld zu bekommen, um lebenswichtige Waren einzukaufen zu können. Und weil es der Gewaltierung nicht immer möglich ist, das Geld umzutauschen, müssen die Geschäfte dazu übergehen, Frankpreise zu verlangen. Sie fordern sogar fast durchweg für lebensnotwendige Waren und Artikel heute in Frank- und dadurch ist es dem Marklohn- und Gehaltsempfänger unmöglich gemacht, sich mit solchen Waren einzubinden. Handel und Industrie nehmen heute zum größten Teil Franken ein, sie weigern sich aber, nicht nur zur Entlohnung in Franken überzugehen, sie weigern sich auch, überhaupt einen Ausgleich in Mark gegenüber den in Frankenthaler zu führen. Es ist am 2. September in der freien deutschen Handelskammer aus die Initiative des Generaldirektors Dr. Schleser und auf Befehl der freien Gewerkschaften hin, eine Konferenz mit sämtlichen Arbeitgeberorganisationen hat, die die drohende Wahrung einer Prüfung unerzeuglich, und es wurde hier eine Plattform gegeben, auf der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein sollten, einen Ausgleich in Mark herbeizuführen gegenüber dem Franken, und bei jedem Kursursturz sollten a conto auf diese Ausschließung Vorsichtszahlungen geleistet werden. Das war eine Plattform, die alle Augenblicke, wenn sie rechts oder links gesetzt worden wäre, vielleicht uns direkt über die größten Schwierigkeiten hinwegbringen können. Aber wie müssen formulieren, daß dieser Erfolg von der Arbeitnehmer nicht nur missfällt, sondern in der Folgezeit auf das Gewerbe belastet würde. Die Arbeitgeber haben die Vorstecke an ihre eingesetzten Organisationen heraus, keine Aussichtung vorzunehmen. Heraus geht er verbor, daß die Arbeitgeber nicht gesonnen waren, diesem Erfolg den Handelskammern Rechnung zu tragen. Man lädt auch heute noch die Arbeitnehmer und die Angestellten um ihre Lohnberichtigung — und wenn diese Lohnberichtigung noch längst keine Angleichung an die Frankenlöhne darstellt — fällt es und kommt und weiß sie dann mit unterschiedlichen Angestellten ab, die den Preis haben sollen, dem Kampf um die einzelnen Währungen Wind aus den Segeln zu nehmen.“

Die Gewerkschaften des Saargebiets haben deshalb bestrebt, diejenigen Zuständen ein Ende zu machen. Sie reagieren nicht auf die Sätze der Regierungskommission, nicht auf die Einheit der Unternehmen, sondern sind entschlossen, im Kampf gegen diese Kreisförderung durchzufegen, um die Erfüllung der Saararbeiterfestung zu sichern.

**Soziales Recht • Arbeiterverficherung.**  
Am Erhöhung des Krankengeldes.

Als durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers im September der Grundlohn, nach welchem die Krankenlöhne ihre Leistungen bemessen, auf die 500 Mark Höchstgrenze festgesetzt wurde, allein die Krankenlöhne erleidet auf. Leider hat die im Oktober und November erfolgende Preisentwicklung die Grundlöhne wieder als ungerecht, entwertet. Unser Verband hat deshalb am 4. November an den Reichsarbeitsminister folgendes Eingabe gerichtet:

Die weiter andauernde Papiergeldentwertung und das Drängen der Knappgutsäckelstätten, die unserer Organisation angehören, veranlassen uns, den Herrn Reichsarbeitsminister wieder mal dringend zu erinnern, die bisherige Höchstgrenze des Grundlohnes, nach welchem die Krankenlöhne erhöht werden, anstrenglich zu verzögern. Daß müssen wir auf unserer alten Horcherbarten, wonach als Grundlohn der durchschnittliche Arbeitsverdienst bestimmt wird.

**Begründung:** Die letzte Herausgabe der Grundlohn vom September d. J. hat durch die Preisenbildung der zum Leben notwendigen Bedarfsartikel und die durch die bedingte Siegerung der Löhne ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Für den Monat November wird der Grundlohn von 500 Mark höchstens 40 Prozent des Haushaltssatzes im Ruhegebiet betragen. Wie soll da ein Haushaltseinkommen mit 75 Prozent davon, die im höchsten Falle als Krankengeld gezahlt werden; sein Sohn kann und gesund werden? Eine Herabsetzung des Grundlohnes ist deshalb unbedingt erforderlich. Daß ein Riedgraben den Krankenlöhnen nichts nützt, das sehen allmählich auch diejenigen Lassen ein, die bisher gegen eine zeitgemäße Erhöhung des Grundlohnes protestieren. Ist der Grundlohn niedrig, so können auch nur geringe Mittel aufgebracht werden, da die Beiträge niedrig sind. Die Einkommensungen aber, die die Krankenlöhne zu lassen haben,

sowie die Verwaltungskosten können durch den niedrigen Grundlohn nicht niedrig gehalten werden, da sie progressiv mit der Zunahme steigen. Gegenüber diesem Umstand bringt deshalb die Krankenlöhne gegenüber den Kosten für die Krankenhausleistungen der Familienärzte, Kinderärzte oder des Berufsmärkte selbst viel höher sind, als das Krankengeld. Damit eine plötzliche Erhöhung des Grundlohnes, so entsteht auch Krankenlöhne infolge, daß die Kosten nicht imstande sind, die Zunahmen ähnlich zu verdecken, weil sie die Mittel hierfür ein wenig Kosten nach in die Hände bekommen. Die Ergebnisse eines solchen Maßnahmen müßte er in dieser Art zu Anfang jeden Monats erhöht werden.

Indem wir annehmen, daß der Herr Reichsarbeitsminister sich den hier vorgebrachten Gründen nicht verblüffen und demzufolge seine Maßnahmen treffen wird, zähmet mit hochzufolgendem Glückauf! Verdand der Bergarbeiter Deutschlands.“

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Kohlengewinnung ohne Sprengstoffe.

Im amerikanischen Bergbau verwendet man neuerdings ein neuartiges Verfahren zum Niederbrechen der Kohle, das die Verwendung von Sprengstoffen und alle ihr anhaften Nachteile und Gefahren auslässt. Eine „Schlagschraube“ ist längs e. wa 15 Centimeter breit. Sie ist in die heranzuhreibende Kohlenwand. Alsdann wird die sogenannte „Expansionszange“ in den Schlitz eingelegt und unter Wasserdruck gesetzt. Die Expansionszange ist eine etwa einen Meter lange Stahlflasche, die rund 15 mal 75 Centimeter Querschnitt, die an die Druckpumpe angeschlossen ist und zwei Reihen entgegengesetzte arbeitende Drehkolben auslöst.

### Die Eisenerzlager der Welt.

Die Angaben des Septemberheftes der „Wirtschaft und Statistik“ über die Eisenerzlager der Welt zeigen, daß auch in bezug auf diesen Rohstoff Amerika einen großen Vorsprung vor Europa hat. Von den bekannten in Asien befindlichen Eisenerzlagern der Welt sind sie mehr als 65 Prozent mit 21 Milliarden Tonnen holt in Amerika. Noch günstiger ist die Stellung Amerikas in Hinblick auf die wahrscheinlich ankommt in noch vorhandenen Erzlager, die für Europa mit ungefähr 16 Milliarden Tonnen, in Amerika dagegen mit 62 Milliarden Tonnen angekündigt werden. Frankreich hat nach der Produktion von Fach-Lochbrüchen mehr als 53 Prozent, der gesamten Erzlager in Europa. England folgt mit 10 Prozent, Deutschland und Schweden mit mehr als 7 Prozent, Spanien und Portugal mit über 6 Prozent, Norwegen, Österreich und Luxemburg mit 2 Prozent. Von den Erzlagern in Amerika entfallen 68 Prozent auf Nordamerika, 37 Prozent auf Südamerika. Die südamerikanischen Erzlager befinden sich nahezu alle in Brasilien, während die nordamerikanischen sich folgendermaßen verteilen: Vereinigte Staaten 48 Prozent, der Erzlag der Nordamerika, Neufundland 27 Prozent und Kuba 23 Prozent.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Änderung der Verordnung über Lohnplafond.

Durch das Gesetz vom 26. Oktober werden die Beschränkungsbeträge in der Verordnung über die Lohnplafondung abweichen festgesetzt. Darin ist also der Arbeit- oder Dienstlohn eines Arbeitnehmers bis zum Betrag von 120 000 M. für das Jahr (bis her 12 000 M.) außer in den Fällen, für die keine Beschränkung der Lohnplafond betriebe, unverändert. Der Betrag des Lohnes, bis zu welchem für den Schulzettler die unveränderte Teil des Lohnes rages sich um 1/4, höchstens jedoch um 1/2 vermehrt, wenn der Schulzettler für Unterhaltsberechtigte aufgenommen hatte, ist von 60 000 auf 300 000 M. jährlich erhöht worden. Weitere Änderungen bringt das Gesetz nicht, so daß die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen gelten. Demzufolge ist nach wie vor ein Drittel des Lohnes der Betrag von 120 000 M. jährlich übersteigt, ebenso wie dieser selbst unverändert. Beschränkung der Pfändbarkeit besteht: bestimmt bei Entgelten aus Nebenkostengütigung, bei Löhnen, die am Fälligkeitstage nicht abgehoben sind, bei Pfändungen, die zur Beziehung der breiten per örtlichen Staatssteuern und kommunalen Kosten, sofern sie nicht länger als drei Monate läßt geworden sind, sowie bei Pfändungen, die zur Beziehung von Unterhaltsbeiträgen für Verwandte und Eltern, für die Zeit nach Erhebung der Eltern und für das diesen Zeitpunkt vorausgehende vierterliches vorgenommen werden. Die Pfändbarkeit bei Einziehung von Unterhaltsansprüchen eines unehelichen Kindes ist insoweit beschränkt, als der Schulzettler für den gleichen Zeitraum zur Beziehung seines notdürftigen Unterhalts und zur Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltspflichten seiner Geschwistern bedarf.

## Aus der Tarifpraxis.

### Schiedspruch zur Maschinerfrage in Mitteldeutschland.

Der 1. Mai ist auf verschiedenen Werten des Habschischen und Niedersächsischen Revers teils von den Belegschaften, teils von einzelnen Arbeitern gefeiert worden. Die Unternehmer haben in den vorliegenden Streitfällen diese Feierlichkeit auf den Lohnurlaub in Abrechnung gebracht. In der Niedersachsen ist unklar, ob eine Abmilderung durch die Betriebsvertretung oder die Arbeit vorsteigt, der die Betriebsvertretungen widersprachen. In einer weiteren Gruppe von Streitfällen ist der Abmilderung angeblich durch die Betriebsleitung nicht widersprochen worden und schließlich liegen einige besonders geartete Streitfälle vor.

To einer Einigung über die Abrechnung auf den Lohnurlaub zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung nicht erfolgen konnte, wurde in

Green Harbour, den 18. August 1922.

Der Postdampfer „Goede“ traf nach längerer Zeit gestern hier wieder ein und brachte etwas aus Deutschland. Da der Dampfer schon morgen wieder abfährt, bleibt ich mich Euch das Wichtigste schon wieder mit zuteilen. Hier hat jetzt die Verladerbeit eingefordert. Unsere Kohlen gehen nach Rotterdam. Der Holländische Dampfer „Dochteren“ ist mit 6000 Tonnen Anfang August von hier abgefahren. Der Dampfer „Austrian“ mit 8000 Tonnen verläßt ebenfalls seinen Verladeplatz, um die Heimreise anzutreten. An einer Stelle trifft der Dampfer „Austrian“ (8000 Tonnen) unter den Kran und wird beladen. Da noch mehr Dampfer eintreffen, ist mir nicht bekannt, aber 15 bis 20 000 Tonnen können außerdem noch verladen werden. Es ist dieses fast ausichtlich die Förderung seit April d. J. mit 160 Mann Belegschaft. Da kann Ihr Euch ein Bild von der Arbeit machen, die hier geleistet wird. Es ist aber immer besser. Die Leute werden nicht vernünftig, über Tage reißen die Handwerker Schäfte herunter, doch es tut so leicht. Es waren im vergangenen Monat bei verschiedenen 80 verschiedene Schichten zu verarbeiten und zwar von Beute, die in Belegssätzen verschieden sind nicht vorhanden. Da sind denn auf den Bergen Leitungsröhrer angelegt, welche strohlosenmäßig zu einem Querrohr laufen und uns das starke Schneewasser bringen. Es geht nun mal die Soße aus, so wird Schnee herangeholt und geschmolzen. Es ist auch nicht mehr genug Schnee da, so fahren einige Boote los, die Eisblöcke aussuchen und berandschleppen, die dann geschmolzen werden.

Rum noch etwas über die Lagerstätte. Bekanntlich sind hier bis zum September hinein Tag und Nacht hell. Die Sonne strahlt dauernd, auch in der sogenannten Nacht. Da ist es denn kein Wunder, wenn man monatlich nicht weiß ob es 9 Uhr morgens oder abends ist. In der ersten Zeit meines Hierseins passierte mit folgendes: Nach beendeter Schicht legte ich mich um 3 Uhr nachts schlafen. Am andern Morgen um 6 Uhr wachte ich wieder auf. Um 6 Uhr wurde ich wach, hatte sich geschafft und war der Bettstatt, ich wachte um 6 Uhr auf, hatte mich auf, ging in die Waschküche und als ich dort keinen Menschen sah, erkundigte ich mich bei dem Hauptwärter. „Gibt es mal, daß es abends oder morgens?“ Daß ich selbst habe einige gute Freunde, mit denen ich sehr gut verstehe. Die Arbeit fällt mir nicht schwer, damit werde ich schon fertig. Nur die kleinen Blöcke und die Schütt. Es ist wie im Eisfelder. Der Hauch und der Schweiß dampfen steigen zum Hengen hoch und gefüllen dort augenscheinlich, so daß aus mir einer weißen Schneeflocke wird. Wenn man also im Stollen ist, kann gezeichnet werden, um nicht zu frieren. Die Bett verträgt aber sehr schnell, denn die Butterpauen werden, wie ich schon mitteilte, außerhalb des Stollens abgelegt. Die durch schriftliche Fortschritte im Juli wird auf 270 bis 300 Tonnen täglich liegen. Eine Leistung, die bisher noch nicht erreicht wurde. Im Mai stand sie höchstens auf 70 bis 80 Tonnen. Wir haben jetzt Juni für Tag das denkbare beste Wetter. Es sind Tage, so auch heute, wo es bis 30 Grad Celsius gewesen werden möglich aufzutretender Sturm jagt dann wieder Eis in die Bucht, welche bedroht ein winterliches Aussehen erhält. Augenblicklich ist

Green Harbour, den 18. August 1922.

Der Postdampfer „Goede“ traf nach längerer Zeit gestern hier wieder ein und brachte etwas aus Deutschland. Da der Dampfer schon morgen wieder abfährt, bleibt ich mich Euch das Wichtigste schon wieder mit zuteilen. Hier hat jetzt die Verladerbeit eingefordert. Unsere Kohlen gehen nach Rotterdam. Der Holländische Dampfer „Dochteren“ ist mit 6000 Tonnen Anfang August von hier abgefahren. Der Dampfer „Austrian“ mit 8000 Tonnen verläßt ebenfalls seinen Verladeplatz, um die Heimreise anzutreten. An einer Stelle trifft der Dampfer „Austrian“ (8000 Tonnen) unter den Kran und wird beladen. Da noch mehr Dampfer eintreffen, ist mir nicht bekannt, aber 15 bis 20 000 Tonnen können außerdem noch verladen werden. Es ist dieses fast ausichtlich die Förderung seit April d. J. mit 160 Mann Belegschaft. Da kann Ihr Euch ein Bild von der Arbeit machen, die hier geleistet wird. Es ist aber immer besser. Die Leute werden nicht vernünftig, über Tage reißen die Handwerker Schäfte herunter, doch es tut so leicht. Es waren im vergangenen Monat bei Düsseldorf hier, um Informationen einzufordern. Es lag mit voller Menge wieder ab und wird wohl einen dem Unternehmen passenden Bericht ablegen. Wenn man die Leute ob ihres Lohns zur Flecke stellt dann vertrüben sie ihr Vorhaben teilweise oder es gibt viele Beschwerden. Ja, die Menschen sind zu sehr verschlafen und darüber leicht der andre sehr.

Endgültig wird es aber Winter. In der Nacht ist schon diese Dämmerung. Da heißt jetzt die Schmelzung. Jetzt vertrübt man mit die fallenden Blätter von den Bäumen, weil hier überhaupt keine Bäume vorhanden sind. Die Verglüppen sind ähnlich vom Schnee bedeckt.

Fr. Waldhöfer jun.

### Rücher und Schriften.

Jahrbuch 1921 des Bergarbeiterverbandes. Berlin 1922. 300 Seiten. Der Band gibt ein anschauliches Bild über die Wohn- und Tarifbewegungen, die Mitgliederbewegung, das Massenarbeiterbewegung sowie die Unionsaktivität, die Geschäftslage im Bergbau, Schadstoffbelastung, Bergbauausfuhr usw.

familiären Streitfällen die in Frage kommende Untergruppe angezogen, die im allgemeinen bei Stimmengleichheit den Antrag des Arbeiters, die Anerkennung auf den Urlaubsaufenthalt ungünstig zu verhören, abgelehnt hat. Gegen diese Bedürfnisse ist Berufung eingelegt worden und beantragt, hingehend zu entcheiden, daß die Forderung des 1. Mai als unberichtigt, und unten schuldige Arbeitsversammlung nicht angesehen und eine Anerkennung auf den Urlaub nicht erfolgen darf.

Da sich bei Verhandlung der Streitfälle in der Berufungsinstanz Stimmengleichheit ergeben hat, ist beschlossen worden, einen unparteiischen Vorstand zu bestellen und den preußischen Minister für Handel und Gewerbe zu bitten, den Vorstand selbst zu übernehmen oder einen Vorstand zu bestellen. Staatsminister Stegert hat sich bereit erklärt, den Vorstand selbst zu übernehmen. Am 1. Oktober 1922 wurde unter seinem Vorstand nochmals verhandelt und folgender Beschluß gefasst:

"Wenn die Betriebsvertretung im Auftrage der Belegschaft vom Arbeitgeber vor dem 1. Mai mitgeteilt hat, daß die Belegschaft am 1. Mai feiert will, so gilt die Arbeitsversammlung als berechtigt und entschuldigt. Das gleiche gilt, wenn einzelne Arbeitnehmer vor dem 1. Mai um Urlaub für den 1. Mai nachgefordert haben."

Zur Begründung vorstehenden Beschlusses wird gefasst: Das Reichsurlaubskommunismus für den Bergbau, das in dem Tarifvertrag für den Brunsfelsbergbau vom 24. März 1922 übernommen ist, besagt: "Unentschuldigte und unberichtigte Arbeitsversammlungen wird von der Urlaubszzeit, und zwar ohne Entschuldigung, in Abzug gebracht. In Streitfällen entscheidet die Werksverwaltung unter Mitteilung der gesetzlichen Arbeitgebervertreter."

Die hier Beurteilung der vorliegenden Streitfälle kommt lediglich diese Bestimmung in Frage. Wenn man unentschuldigte und unberichtigte Arbeitsversammlungen gesprochen wird, so ist nicht ohne weiteres aus dem Wortlaut des Urlaubskommunismus zu erschließen, ob man damit lediglich sogenannte **Bummelsicht** treffen will oder ob damit auch Festerfeiern wie die des 1. Mai getroffen werden sollen.edenfalls ist es nicht gelungen, bei Vereinbarung dieses Urlaubskommunismus die wünschenswerte Klarheit hinzubringen. Bedeutet man, daß das Urlaubskommunismus nach der Revolution in der Sturm- und Drangperiode, in der wir uns jetzt noch befinden, abgeschlossen ist, so muß man annehmen, daß mit dieser Bestimmung lediglich diejenigen Arbeitnehmer getroffen werden sollen, die ihre Siedlungen verbunnen. So ist man auch andere Siedlungen, die nicht als Bummelsicht kennt werden können sondern aus anderen Gründen nicht verstehen werden, freien wollen so hätte dies im Urlaubskommunismus zum Ausdruck gebracht werden müssen.

Wenn der Ruhrbergbau in einer Vereinbarung festgelegt hat, daß die Feste des 1. Mai nicht als unentschuldigte und unberichtigte Arbeitsversammlungen betrachtet werden soll, so kann man diese Vereinbarung zur Entscheidung des vorliegenden Streitfallen nicht heranziehen, da durch sie eine Vereinbarung zwischen Parteien getroffen worden ist, die im vorliegenden Streitfall nicht vorliegt. Andersseits ist es aber auch nicht angebracht, aus der Vereinbarung im Ruhrrevier, herauszuführen, daß 1. Mai nicht als unentschuldigte Festsicht gilt, zu schließen, daß, wo eine solche Vereinbarung nicht getroffen ist, ein Feiern am 1. Mai unentschuldigt und unberichtig ist. Das die Fester des 1. Mai einer Bummelsicht gleichzuwerten sein soll, ist natürlich anzunehmen.

Wenn am 1. Mai der Arbeitnehmer feiert, so kann man das Feiern nicht als leichtfertig bezeichnen. Der Mehrheitswille der Arbeitnehmer, der in den Fester des 1. Mai liegt, geht darauf hinaus, der **Vollversammlung** zu dienen. Er hat einen hohen ethischen Wert, somit hat seine Durchführung mit Leichtfertigkeit nichts zu tun.

Die fragliche Bestimmung im Urlaubskommunismus muß wohl ausgelegt werden. Wenn der Arbeitnehmer dadurch, daß er am 1. Mai feiert, schon für einen Tag seinen Lohn einbüßt und somit den Lohn dieses Tages seiner inneren Überzeugung opfert, so darf er nicht noch härter getroffen werden, indem man ihm noch weiterhin einen Tag vom Urlaub abzieht. Andersseits ist das Verfahren der Arbeitgeber, die Bestimmung über die Abrechnung der Festsichten zu strecken, falsch, da es dann nicht möglich ist, die Bummelsichten zu strecken.

Wenn man somit zu der Ansicht kommt, daß das Feiern des 1. Mai kein unberichtigtes im Sinne der Urlaubsbestimmungen ist, so ist somit jedoch noch nicht gesagt, daß der 1. Mai als Feiertag zu gelten hat.

Wenn Belegschaftsmitglieder den 1. Mai feiern wollen, so dürfen Festerfeiern nicht vorkommen. Andere Arbeitnehmer, die am 1. Mai nicht feiern wollen, dürfen nicht zur Fester gehorchen werden. Solche Fester in den Betrieben gefeiert werden, so muß die Wehrheit der Belegschaft für die Fester sein. Es genügt nicht, daß die Betriebsvertretung aus sich heraus dem Arbeitgeber stellt, am 1. Mai würde die Belegschaft feiern, vielmehr muß die Betriebsvertretung auf Grund eines Wehrheitsbeschlusses der Belegschaft, der nur in einer Betriebsversammlung oder durch Sammeln von Unterschriften zu erreichen sein wird, ernächtigt sein, dem Arbeitgeber gegenüber die Erklärung abzugeben, daß die Belegschaft den 1. Mai feiern wird.

Hat die Betriebsvertretung keine solche Vollmacht der Belegschaftsversammlung oder wird die Belegschaft überkauft nicht abgemeldet, so kommt es sich um eine unentschuldigte Festsicht, die auf den Urlaub angerechnet werden darf. Wollen einzelne Arbeitnehmer oder Teile der Belegschaft feiern, ohne daß es zu einem Wehrheitsbeschluß der Belegschaft, der dem Arbeitgeber übermittelt wird, kommt, so haben diese Arbeitnehmer Urlaub beim Arbeitgeber nachzuholen. Geschieht dies nicht, so handelt es sich auch um unentschuldigte Festerfeiern. Bei Prüfung des Urlaubs ist es unberichtig, ob sie mündlich oder schriftlich erfolgt. Wiederum jedoch der Betriebsrat auf Grund eines Beschlusses der Betriebsversammlung dem Arbeitgeber das bedächtigste Fester oder suchen die einzelnen Arbeitnehmer, die feiern wollen, Urlaub nach, so ist es bedeutungslos, ob der Arbeitgeber dieses Gesuch genehmigt, andererseits muß jedoch in allen Fällen die Abmeldung der Belegschaft oder die Beantragung des Urlaubs rechtzeitig vor dem 1. Mai erfolgen; nachträgliche Mitteilungen machen die Fester nicht zu einer entshuldigten.

Aus all diesen Gründen glaubte das Spruchgericht in seiner Rechtheit alle oben entshuldigen zu müssen. Es ist weiter einstimmig der Ansicht, daß auf Grund dieses generellen Beschlusses die einzelnen vorliegenden Streitfälle innerhalb der Schießstelle der Arbeitgemeinschaft durchgeholt werden müssen, ob die in oben bezeichnetener Entscheidung für die Richtanzeichnung der Festsicht gegebenen Voraussetzungen gegeben sind.

Diese Entscheidung ist endgültig.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Nusschwung der freien Gewerkschaften.

Das am 1. Oktober erfolgte Ausscheiden des Zentralverbandes der Angestellten führte trotz wiederholter Berichtigungen noch manchen zu falschen Schlüssen über die Mitgliederbewegung im Allgemeinen freien Gewerkschaftsbund. Man reagiert diesem einen Verlust von 260 000 Mitgliedern heraus. Das ist unzutreffend. Im Gegenteil haben die dem ADGB angegeschlossenen Verbände am Ende des Jahres 1921 gegen 1920 eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Scheitelt man die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Angestellten mit 380 521 am 31. Dezember 1920 aus der Gesamtmitgliedszahl von 8 022 057 aus, so ergibt sich für die übrigen Verbände eine Mitgliederzahl von 7 688 536. Da diese Verbände am Schluß des Jahres 1921 einen Mitgliederbestand von 7 781 887 hatten, so ergibt sich eine Zunahme von 88 321 Mitgliedern. Vergleicht man die Jahresdurchschnitte, so ergibt sich ohne den Zentralverband der Angestellten für die übrigen Verbände von 1920 im Jahresdurchschnitt eine Mitgliederzahl von 7 781 702 gegen 7 688 718 Mitglieder im Jahre 1921, also eine Zunahme von 48 016. Rechnet man die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Angestellten mit 318 020 am Schluß des Jahres 1921 dem Mitgliederbestand der Verbände des ADGB zur gleichen Zeit mit 7 781 887 zu, so ergibt sich eine Zunahme von 38 960 Mitgliedern.

Man mag also die Zahlen nehmen wie man will, mit oder ohne Zentralverband der Angestellten, im Jahresdurchschnitt oder am Schluß des Jahres, in jedem Falle ergibt sich eine Zunahme an Mitgliedern. Wichtig ist, daß in den ersten drei Quartalen des Jahres 1921 Verlust an Mitgliedern eintrat. Am Ende des Jahres war der Verlust jedoch nicht nur ausgeglichen, sondern auch ein Gewinn zu verzeichnen. Die Annahme an Mitgliedern hat auch in den ersten drei Quartalen des Jahres 1922 angehalten. Am Schluß des zweiten Quartals war eine Zugnahme von 217 695 Mitgliedern über dem höchsten Stand vom Jahre 1921 vorhanden. Verglichen mit dem niedrigsten Stand im Jahre 1921 beträgt die Summe 577 928 Mitglieder.

Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen, daß der Stillstand bereits am Ende des Jahres 1921 wieder aufgehoben hat und seither eine nicht unbedeutende Zunahme an Mitgliedern eingetreten ist.

## Internationale Rundschau.

### Bergarbeiterlöhnne im holländischen Bergbau.

Die holländischen Bergarbeiterlöhnne gehen immer weiter zurück. Ihren höchsten Stand hatten diese im 4. Quartal 1920. Von da ab ging es immer abwärts. Folgende Gegenübersetzung mit dem 3. Quartal 1922 zeigt den Rückgang. Von der unter Tage beschäftigten Arbeiterschaft haben wir nur die wichtigsten Kategorien herausgegriffen. Es betragen die Löhnne einschließlich Zeuerungszulage in Gulden pro Schicht:

	4. Quartal 1920	3. Quartal 1922	am
Fahrhauer	11,09	8,38	2,71
Hauer	9,79	7,78	2,01
Zimmerhauer	9,27	6,93	1,34
Lehrhauer	8,40	6,17	2,28
Schlepper vor Ort	7,42	5,47	1,95
Schlepper über 18 Jahre	5,69	4,42	1,27
Durchschnittslöhnne unter Tage	8,22	6,09	2,13
Durchschnittslöhnne über Tage	5,53	4,48	1,05
Durchschnittslöhnne aller Grubenarbd.	7,37	5,62	1,75

Das 1. Quartal 1922 hatte gegenüber dem 4. Quartal 1920 einen Rückgang aller Bergarbeiter erschienen um 1,18 Gulden, während das 3. Quartal 1922 bereits einen Rückgang um 1,75 Gulden aufwies. Bevor die Untertagsarbeiter wurden von dem Rückgang betroffen mit 2,13 Gulden, während die Oberlädißen nur 1,05 Gulden in Kauf nehmen mußten. Von den Untertagsarbeitern wurden, abgesehen der Fahrhauer, gerade die eigentlichen Kohlegewinnler, wie Hauer, Lehrhauer und Schlepper vor Ort am stärksten be troffen.

Die holländischen Kameraden klagen, daß die deutschen Bergarbeiter, die sich im holländischen Bergbau für jeden noch so geringen Lohn anstreben, ihre Löhnne gewöhnlich drücken. In Holland herrscht ein Überangebot billiger deutscher Arbeitsträger, so daß die holländischen Arbeitnehmer profitieren werden. Die holländische Regierung erwähnt Maßnahmen zur Ausweitung der deutschen Arbeit.

### Fremderungsfall in Amerika.

Aus den Vereinigten Staaten kommt die Nachricht, daß im Staate Oklahoma auf der Grube Dolomite (Vergmerke von Woodward) 70 Bergarbeiter durch eine Explosion getötet und 80 verletzt wurden.

### Anappschaffliches.

#### In der Rallindustrie

werden an alle Einzelnen, Männer und Frauen, gleichwohl, ob sie Berufs- oder Nicht-Einzelnen usw. sind, ab 1. Dezember 1922 an Leistungszulagen gezahlt:

	Nachzahlung für Woche
für Einzelnen	1625,- M.
für Männer	1700,- "
für Sozialarbeiter	497,50 "
für Vorwochen	670,- "
	1125,- M.
	900,- "
	837,50 "
	450,- "

Die Leistungszulagen für die Unfallrentner umfassen betragen vom letzten Zeitpunkt ab: Für Teilzulagen mit 40-70%iger Erwerbsunfähigkeit 197,50 M. (Nachzahlung für November 237,50 M.) für Vollzulagen mit 70-100%iger Erwerbsunfähigkeit 975 M. (Nachzahlung für November 675 M.).

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Schweres Brandungsfal auf Zeche Shamrock 1 und 2. 10 Kameraden erschlagen.

Am 23. November, nachmittags gegen 5 Uhr, ist auf der Schießstange Shamrock I und II in Herne ein Grubenbrand ausgebrochen, bei dem zu Tode gekommen sind 1 Steiger und 9 Bergleute. Weitere Lente sind nicht in Gefahr.

Das Feuer ist entstanden in einer entstehenden, in Holzraumierung stehenden Geisteinrichtungsstraße, in der elektrische Lokomotivförderung mit Überleitung umgeht. Die Ursache war Kurzschluß in der Rohrdrähte über der elektrischen Kabine, die, als eine Lokomotive entgleiste und den Anhänger der Straße umriss, von den nachstürzenden Geisteinmassen gerissen worden sind. Anfolge dieses Kurzschlusses geriet die Holzraumierung in Brand. Es brannte sich wegen des leichten Materialerregers zunächst schnell fort. Die Bergungslüden sind in den Brandgängen erstickt, bevor ihnen Rettung gebracht werden konnte. Das Feuer ist sofort bekämpft worden und bereits gelöscht. Die bergbauförmliche Untersuchung ist im Gange.

Fünf Steigerbetreure, die ihre Zugänge durch die in Brand geratene Straße haben, wirkten am nächsten Tage hilflos. Die Bergleute wurden auf die anderen Wege verteilt. Über das Ergebnis der Untersuchung werden wir noch berichten.

Die verunglückten Kameraden heißen: Antonius Josef Ranitz, Heinrich Gestigl, Friederich Rentsch, August Lange, Theodor Dörrer, Lorenz Werdarkiewitz, Johann Majuszczak, Leopold, Steiger Wilhelm Schäfer.

### Oberbergamtbezirk Dortmund.

#### Zur Überhöhungslösung im Fuhrbergbau.

Wenn diese Zahlen in die Hände der Kameraden kommen, ist mit den neuen Lohnverhandlungen vielleicht auch die Frage der Überhöhung im Fuhrbergbau neu geregelt. Vielleicht, sagen wir, vielleicht auch nicht.

Am 10. November, in denen die Organisationen auf Einladung unseres Verbands über diese Frage verhandeln, gingen durch die Tagesspreche die widersprechendsten Meldungen über die Absichten und das Verhalten der Organisationen. Als das Steigerwahlblatt "Der Deutsche" unserer Verbände verbindlich und in die Debatte zog, nahmen wir Verhandlung, offiziell dazu Einstellung zu nehmen. "Der Deutsche" schrieb u. a. am 24. November:

Im Ruhrgebiet wurde die Sache so dargestellt, als stelle die Zeitung des Gewerkschaftsverbands freilicher Bergleute sich dem Wunsche des alten Verbands nicht hindernd in den Weg. Dagegen tritt im Vorworte vom 22. November behauptet, der Antrag auf Kündigung des Überhöhungskommunismus geht in erster Linie vom Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter aus. Im Ruhrgebiet verhindert man also die Zeitung des Gewerkschaftsvereins, sie wolle den Bergarbeitern die Überhöhung aufzwingen. Sie verzerrt die Wirklichkeit der Bergarbeiter. Ein Gewerkschaftsverein, der Gewerkschaften in der Union in ganz erheblicher Weise geprägt ist... Alle maßgebenden Positionen in der Union in den einzelnen Unterbezirken müssen von ganz überflüssigen Kommunisten besetzt werden. Ihre Aufgabe ist es, nunmehr dafür zu sorgen, daß auf allen Schachtanlagen oder in Betriebsstätten, die dem Gewerkschaftsverein gehören, sofern möglich, Gewerkschaften gebildet werden. Demnach ist es Eure Aufgabe, sofort festzustellen, welche Wirtschaftsräte oder Unterbezirksleiter in Euren Unterbezirken vorhanden sind. Diese müssen ebenso, wenn sie nicht auf dem Boden unserer Partei stehen, dann Kommunisten erichtet werden."

Die Unionisten lassen sich diese Notwendigkeit nicht etwa gern gefallen. Sie zappten so gut es geht. Infolige ihrer Zugehörigkeit zur roten Gewerkschaft internationale dürfen sie jedoch nur nach Vorschrift zappten. Zu widerhandlungen bringen disziplinarische Strafen ein. Sie wissen auch, daß sie von den Moskauern nur als "notwendiges Werk" gebraucht werden. Der unionistische Kongress in Ehen hat tatsächlich gezeigt, daß nur eine Handvoll Kommunisten die Sache in der Union schwächen. Die "Führer" der Union zeigen sich jedoch - wohl des Proletarates wegen - der kommunistischen Diktatur und die anderen Kameraden sich mehr oder weniger nicht um diese Dinge. Ihnen genügt es, eine Organisation zu haben, wo sie billige Betriebszölle und ihre Rundschau und Lügen lästig strapazieren können. Würden sich die Unionisten nicht fühlen, so ist es klar, daß die Union durch Moskau der Konsolidierung vorentsagt würde. Letztlich gibt es in der Union auch Gewerkschaften, die eine Organisation nach dem Muster der anderen freien Gewerkschaften erstreben. Diese bringen jedoch nicht durch.

Die Unionisten ablehnen, auch nur von Zeitungen über Überhöhung gesprochen. Das selbe geschah bei den Beratungen über das letzte Überhöhungskommunismus, dort wurden sogar Dezember und Januar als die Zeit bezeichnet, die eventuell überstiegen und bleiben könnte. Diese letztere Meldung wurde auch veröffentlicht, so daß die Bergarbeiter mit der Sündigung im Dezember und Januar rechnete, ja zum großen Teil sie als Erfüllung eines Versprechens forderte. Unter diesen Umständen war es für uns selbstverständlich, daß wir durch eine Aussprache mit den anderen Organisationen festzustellen suchten, wie sie zu der Frage der Sündigung stehen. Wir haben uns in dieser Aussprache damit einverstanden erklärt, daß die Frage zugleich mit den neuen Lohnverhandlungen erledigt werden soll.

### 25jährige Verbandszugehörigkeit

seitern in diesem Jahre die Kameraden Theodor Wedderin, Fritz Gabanus, Fritz Hölscher, Dietrich Siebert, Fritz Siebert, Friedrich Heese, Dietrich Heese, Wilhelm Heese, Karl Böckeler und Wilhelm Henkel der Schießstelle Scharnhorst. Manchen harten Kampf haben diese Jubilare um die Interessen des Verbandes durchgeföhrt. Sie wünschen den zehn Kameraden, daß sie das 50jährige Verbandsjubiläum in demselben geistigen und körperlichen Frische feiern mögen. Möge ihr Kampfesgeist nicht erlahmen und uns noch recht lange ein Vorbild bleiben. Die Schießstelle hat in der Versammlung vom 19. November beschlossen, zu Ehren unserer zehn Verbandsjubiläare einen Preis am Silvesterabend im Lokale Krik Albert zu veranstalten, um den erzielten Kameraden ihre Glückwünsche darzubringen.

Die Direktionssitzung der Schießstelle Scharnhorst.

